

Wir befinden uns in einer Zeit, in der sich das gesamtgesellschaftliche Klima als Dauerkrise manifestiert. Die auf unumkehrbare Kipppunkte zusteuern Erderhitzung, die Folgen der Corona-Pandemie, Kriege auch auf europäischem Boden, die komplexe Problemlage Migration und steigende Kosten in verschiedensten Sektoren sind nur einige Aspekte, die dafür sorgen, dass notwendige Transformationsprozesse im Sinne der Agenda 2030 und ihren 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (den SDGs) zunehmend, auch in Deutschland, in Frage stehen, teilweise durch sachfremde Skandalisierung.

Dabei ist es doch die Entwicklungspolitik, die als Triebfeder für globale Gerechtigkeit, in ihrem Einsatz für Menschenrechte und im Kampf gegen Ungleichheiten dafür sorgt, dass viele der vorgenannten Herausforderungen bei den Ursachen angepackt werden. Auch sorgt die Entwicklungspolitik als politisches Instrument dafür, Rohstoffzugänge und Transportwege zu sichern, sodass Absatzmärkte erschlossen werden können. Es ist daher von größter Wichtigkeit, dass sich die Bundesrepublik nicht etwa zurückzieht¹, sondern gerade jetzt ihre Verantwortung als starke und verlässliche Partnerin in der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Humanitären Hilfe beibehält oder sogar ausbaut.

Mit Blick auf die in Kürze anstehende Bundestagswahl fordert das EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt als wichtigster entwicklungspolitischer Akteur im Bundesland die künftige Bundesregierung respektive die gewählten Abgeordneten des neuen Bundestages auf, folgende Aspekte in ihrer Politik zu berücksichtigen:

1. Deutschland muss ein verlässlicher Partner in der Welt bleiben.

Nicht nur aufgrund der ethischen und historischen Verantwortung für strukturelle, oft kolonial bedingte Ungleichheiten in der Welt, sondern auch, weil sich die Bundesrepublik als Teil der sogenannten „Westlichen Welt“ aktuell in einem Systemwettbewerb mit autokratischen Staaten befindet, ist es wichtig, als demokratisches und wohlhabendes Land weiterhin eine Vorreiterrolle einzunehmen. Entwicklungspolitik bedeutet nicht nur wichtige humanitäre Unterstützung, sie ist gleichsam ein Instrument der Soft Power, um geopolitische, etwa die Sicherung von Frieden durch Dialogprozesse, bzw. geoökonomische Zielstellungen, beispielsweise der Einsatz für die Etablierung von Umwelt- und Sozialstandards, zu fördern.

¹ Wie etwa die neue US-Administration, welche die Entwicklungshilfe von einem Tag auf den anderen nahezu [vollständig einstellt](#), was verheerende und unmittelbare Folgen hat.

2. Der Einsatz für faire und nachhaltige Wertschöpfungsketten entlang internationaler Handelsbeziehungen wirkt.

Die Einführung verpflichtender unternehmerischer Sorgfaltspflichten zur Verbesserung der Menschenrechtslage in den Ländern des Globalen Südens wirkt, wie erste Erfolge des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes hoffen lassen². Die neue Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, die EU-Lieferketten-Richtlinie zügig und ohne eine Absenkung des Schutzniveaus im Vergleich zur deutschen Regulierung umzusetzen. Insbesondere kleine und mittelständige Unternehmen (KMU) müssen bei diesem Prozess unterstützt werden.

3. Die Finanzierung für Entwicklungszusammenarbeit muss gewährleistet bleiben.

Deutschland muss wieder mindestens die international vereinbarte Ausgabequote in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungsleistungen erreichen³. Das bietet Rechtssicherheit für Partner - andere Staaten, Unternehmen und nicht zuletzt die Zivilgesellschaft, die, institutionell unabhängig und finanziell angemessen ausgestattet, einen wichtigen Beitrag im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und damit für Ziele, wie die Armutsbekämpfung oder Friedenssicherung, leistet. Gerade zivilgesellschaftliche Handlungsräume werden jedoch zunehmend eingeschränkt, etwa durch repressive Maßnahmen in Staaten mit autokratischen Systemen, aber auch hierzulande durch schmerzliche Mittelkürzungen. Ferner muss sich Deutschland für eine Reform der internationalen Schuldenarchitektur, unter denen die Länder des Globalen Südens besonders leiden, einsetzen. Das deutsche Engagement im Rahmen des im September 2024 bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Zukunftspakts war insofern ein Schritt in die richtige Richtung.

4. Entwicklungspolitik ist Querschnittsaufgabe

Ein ressortübergreifendes Bewusstsein für die Ziele der Agenda 2030 ist unabdingbar, um sie zu erreichen. Politikkohärenz erfordert sektorenübergreifende Zusammenarbeit verschiedener Politikfelder, beispielsweise die Abstimmung zwischen Auswärtigem Amt, dem Bundesumweltministerium oder dem Bundesarbeitsministerium. Nur durch eine kluge Verwaltung der Schnittstellen kann es gelingen, die Auswirkungen von geplanten Vorhaben auf andere Politikbereiche, Staaten und zukünftige Generationen zu identifizieren.

² Vgl. INKOTA: [Lieferkettengesetz: Erste Erfolge bei den Sorgfaltspflichten](#), Pressemitteilung vom 11.11.2024.

³ Wie öffentliche Entwicklungsleistungen definiert werden, hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [dargelegt](#).

Wir brauchen Entwicklungspolitik. Sie ist nicht nur gut für andere, sondern auch für uns. Wir sind abhängig, tragen aber auch Verantwortung – für die **Eine Welt**.

Das EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e. V. verweist überdies auf die gut begründeten Stellungnahmen relevanter Akteur:innen der Entwicklungszusammenarbeit:

Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e. V. (agl): [Eine Welt-Impulse zur Bundestagswahl 2025](#), Januar 2025.

Brot für die Welt: [Bundestagswahl 2025 - Gerechtigkeit wählen](#), 20.12.2024

CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung: [Erwartungen des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung an Bundestag und Bundesregierung für die Legislaturperiode 2025-2029](#), 16.12.2024

Forum Fairer Handel: [Politische Forderungen des Forum Fairer Handel für die Bundestagswahl 2025](#), 10.01.2025

VENRO: [Positionspapier „Verantwortung übernehmen für eine gerechte Welt“](#), Januar 2025

Welthungerhilfe: <https://www.welthungerhilfe.de/aktuelles/aktuelle-artikel/2025-forderungen-zu-entwicklungspolitik/>

Außerdem hat das Team des German Institute of Development and Sustainability (IDOS) eine [Reihe relevanter Publikationen zur Bundestagswahl 2025](#) veröffentlicht.